

A4 Echte Lösungen gegen Extremismus in der Innen- und Bildungspolitik durchsetzen statt Populismus und Diskriminierung!

Gremium: LAK Shalom - Gegen jeden Antisemitismus!

Beschlussdatum: 13.09.2024

Tagesordnungspunkt: 10 Anträge

Antragstext

1 Echte Lösungen gegen Extremismus in der Innen- und Bildungspolitik durchsetzen
2 statt Populismus und Diskriminierung

3 Die Bedrohung für unsere Demokratie und Gesellschaft ist durch jegliche Arten
4 von Extremismus größer den je: Ob durch die AfD als parlamentarischer Arm des
5 Rechtsextremismus, islamistische Anschläge oder die Bedrohung durch autoritäre
6 Regime aus dem Ausland. Alles zeigt, wie ernst die Gefahr ist und das die
7 bisherigen Antworten auf diese nicht ausreichend sind. Schließlich bedrohen
8 Islamismus, Rechtsextremismus und andere extremistische Ideologien Frauen,
9 queere Menschen, Minderheiten, Andersdenkende und -gläubige in ihrer Lebensweise
10 und Freiheit. Wir müssen daher diese aktuellen Entwicklungen in den Blick
11 nehmen.

12 Der furchtbare Terroranschlag von Solingen hat uns zutiefst erschüttert. Deshalb
13 verurteilen wir umso mehr jegliche Versuche, den Anschlag für politische Zwecke
14 auszunutzen. Es ist fatal, dass sich die politische Diskussion im Bereich
15 Terrorismusbekämpfung mehr auf rechtspopulistische Scheinargumente und die
16 Abschiebung von Geflüchteten konzentriert als auf tatsächliche Lösungen. Solche
17 Debatten werden der Relevanz des Themas nicht gerecht und schaden insbesondere
18 den Menschen, die bereits jetzt am stärksten marginalisiert sind. Es darf nicht
19 passieren, dass Menschen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Staatsangehörigkeit,
20 ihres Aussehens oder Geburtsortes unter Generalverdacht gestellt werden. Dies
21 befeuert rassistische Vorurteile und gefährdet unsere Demokratie und die
22 Sicherheit vieler unbeteiligter Menschen.

23 Wir als Grüne Jugend Schleswig-Holstein fordern daher nicht nur eine klare Kante
24 gegen Extremismus zu zeigen, sondern auch endlich Konsequenzen aus dieser
25 ziehen. Wir stehen zu unserer außen- und innenpolitischen Haltung,
26 Menschenrechte, Frieden und Humanität in den Mittelpunkt zu stellen. Dies
27 bedeutet auch, international gegen autoritäre Regime zu stehen und Terrorismus
28 gemeinsam zu bekämpfen. Innerhalb von Schleswig-Holstein und Deutschland gelten
29 diese Grundsätze nicht nur, sie müssen sich auch in unserer Innenpolitik
30 widerspiegeln:

31 1) Viele Menschen fliehen weltweit vor islamistischer Gewalt und Terror. Ein
32 entschlossener Kampf gegen Islamismus bedeutet, dass Menschen, die vor diesem
33 fliehen, Schutz bekommen. Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, dass
34 bis jetzt kein bundesweiter Abschiebestopp für Ezid*innen beschlossen wurde,
35 obwohl der Deutsche Bundestag den Genozid der Terrororganisation „Islamischer
36 Staat“ an den Ezid*innen bereits offiziell anerkannt hat.

37 2) Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien lehnen wir strikt ab, genauso wie
38 Streichungen, Kürzungen und Einschränkungen von Sozialleistungen für (bereits
39 jetzt befinden sich diese nach dem Asylbewerberleistungsgesetz unter dem
40 Existenzminimum), das Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“, den

41 Kabinettsbeschluss (vom 26.06.24) zur Verschärfung im Aufenthaltsrecht in der
42 derzeitigen Form ab und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen. Das
43 Asylrecht ist eine unverzichtbare Errungenschaft und eine historische Lehre aus
44 der Zeit des zweiten Weltkrieges, in der unter anderem jüdische Schutzsuchende
45 an den Grenzen abgewiesen und später vom NS-Regime ermordet wurden. Eine
46 Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Taliban-Regime in Afghanistan, das
47 Gender-Apartheid betreibt, oder dem diktatorischen Assad-Regime in Syrien würde
48 eine Stärkung von Diktatur, Antisemitismus und Islamismus bedeuten. Zudem
49 verbietet es sich, Menschen in Gebiete zu schicken, in denen ihnen Folter und
50 Tod drohen. Terrorismus wird nicht bekämpft, indem man Menschen, die teilweise
51 selbst vor Terror und Gewalt fliehen, noch unmenschlicher behandelt. Stattdessen
52 brauchen wir Solidarität und Zusammenarbeit mit den Menschen, die sich mutig
53 gegen Diktatur und Terror stellen. Migrantische Initiativen und Stimmen für
54 Vielfalt und Demokratie, zum Beispiel von geflüchteten Afghan*innen,
55 Syrer*innen, iranischen Oppositionellen, Kurd*innen, Ezid*innen, und vielen mehr
56 müssen gestärkt werden.

57 3) Statt dieser aktuellen Debatte brauchen wir lösungsorientierte Vorschläge.
58 Wir müssen uns auf eine menschliche Migrations- und Integrationspolitik
59 fokussieren. Dazu gehören mehr Geld für Integrations- und Sprachkurse, die
60 Aufhebung von Arbeitsverboten, Abbau von diskriminierenden Strukturen, bessere
61 personelle und infrastrukturelle Ausstattung der Behörden, psychotherapeutische
62 Angebote für Menschen mit Traumata und weitere Maßnahmen, um den
63 Herausforderungen gerecht zu werden.

64 4) Unsere Demokratie wird täglich durch die vielen Menschen gestärkt, die sich
65 ehrenamtlich engagieren. Wir brauchen endlich ein starkes
66 Demokratiefördergesetz, das zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für
67 Demokratiebildung und Menschenrechte einsetzen, langfristige Planungssicherheit
68 bietet. Programme wie „Demokratie leben!“ müssen vonseiten des Bundes, vonseiten
69 des Landes entsprechend cofinanziert, auskömmlich finanziert und vor Ort
70 professionell begleitet.

71 5) Kultur verbindet Menschen und stärkt Gesellschaft. Die Förderung von Kultur,
72 Kunst und Musik, die Juden*Jüdinnen, BIPOC, Queers, Menschen mit Behinderung und
73 anderen unterrepräsentierten Gruppen eine Plattform bietet, muss gesichert und
74 ausgebaut werden.

75 6) Viele Menschen, die sich terroristischen Gruppierungen anschließen oder
76 terroristische Gewalttaten begehen, radikalieren sich in Deutschland.
77 Radikalisierung findet auch häufig im Internet statt. Deshalb gilt: Die
78 Bekämpfung von Fake News, Hassrede und Aufstachelungen muss endlich angegangen
79 werden. Dazu fordern wir, die bestehenden Regeln durchzusetzen, Social-Media-
80 Konzerne konsequent zur Moderation zu verpflichten und die Sicherheitsbehörden
81 so in ihrer Ausbildung und Infrastruktur auszustatten, dass sie Straftaten im
82 Netz erfolgreich aufklären können.

83 7) Wir fordern den Fokus unserer Politik auf Prävention zu legen, um
84 reaktionären Denkweisen entgegenzuwirken. Prävention ist hier vielfältig gemeint
85 und stützt sich auf alle genannten Punkte. Ob durch Bildungsarbeit, Kultur, die
86 Arbeit der Sicherheitsbehörden oder andere Maßnahmen: Unsere Gesellschaft muss
87 überhaupt verhindern, dass es zu Gewalt, Hass und Hetze kommt, anstatt sich in
88 der reinen Reaktion auf diese wiederzufinden.

89 8) Weiter unterstützten wir ausdrücklich rechtsstaatliche Schritte wie
90 Vereinsverbote, Befugnisse für den Verfassungsschutz bei der Kontrolle von
91 extremistischen Organisationen (z. B., um die Finanzierung besser zu erkennen)
92 oder politische Maßnahmen wie die Verschärfung des Waffenrechtes und der Entzug
93 von Waffen bzw. die Nicht-Erteilung von Waffenerlaubnissen für Extremist*innen.

94 9) Extremistische Angriffe wie dieser in Solingen sind auch ein Ausdruck
95 patriarchaler Strukturen, die sich nach wie vor durch unsere Gesellschaft
96 ziehen. Gewalt von Männern muss als sicherheitspolitisches Thema in den
97 Mittelpunkt gerückt werden. Es braucht flächendeckende Jungenarbeit, die
98 zielgerichtet Geschlechterstereotype problematisiert und Rollenbilder aktiv
99 aufbricht und Gewaltpräventionsangebote, die bei Verhaltensauffälligkeiten
100 einschreiten können, bevor es zu einer schweren Straftat kommt. Von
101 patriarchaler Gewalt Betroffene müssen flächendeckenden Schutz und Beratung
102 erhalten.

103 Zusatz

104 Sollte dieser Antrag beschlossen werden möchten wir diesen mit Unterstützung der
105 Grünen Jugend Schleswig-Holstein auch auf dem Landesparteitag der Grünen
106 Schleswig-Holstein stellen.

Begründung

Erfolgt mündlich